

Jetzt geht es darum, wer bezahlt!

Anfang September hat Scholz ein drittes Entlastungspaket angekündigt. Angeblich 65 Mrd. Euro lässt der Staat springen, um die Folgen der Inflation abzufedern. Aber wenn man hinter die Zahlen schaut, ist da viel heiße Luft. Die Regierung vermeidet tunlichst zu erläutern, wie sie auf die 65 Mrd. kommt.

Manche Maßnahmen sind auf jeden Fall sinnvoll, oft aber auch nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein angesichts der nach wie vor explodierenden Energiepreise.

So bekommen jetzt auch Rentner:innen 300 Euro Einmalzahlung (macht insgesamt 6 Mrd. Euro) und Studierende 200 Euro (insgesamt 0,6 Mrd.). Es gibt 18 Euro zusätzliches Kindergeld im Monat. Wohngeld wird aufgestockt ... Aber es werden auch ganz viele Maßnahmen in die 65 Mrd. eingerechnet, die entweder eh schon angekündigt gewesen sind, oder reiche Menschen einfach noch reicher machen. Wie Christian Lindners Steueranpassung, von der vor allem Gutverdiener:innen profitieren. Wie viele Mrd. werden Unternehmen hinterhergeworfen und wie viele von denen machen gute Gewinne?!

Auch die Einführung des „Bürgergelds“ wird zu dem Paket gerechnet. Die „Abschaffung“ von Hartz IV wurde im Wahlkampf versprochen. Aber am Ende ist es nur ein „Bürger-Hartz“ mit ungefähigem Inflationsausgleich, wenn ab nächstem Januar 502 Euro monatlich als Regelsatz gezahlt werden. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat 678 Euro (jeweils plus Miete) berechnet als Bedarf für eine Grundsicherung, die diesen Namen auch verdient.

Die armen Unternehmen??!

Plötzlich wird ganz viel über Insolvenzen gesprochen und das nicht nur, weil Wirtschaftsminister Habeck sich da so ungeschickt geäußert hat. Uns allen wird der Mittelstand, der es ganz schwer hat, vorgeführt: die Bäckerei, die unter gestiegenen Energie- und Getreidepreisen leidet.

Das die vorgeschickt werden ist klar Propaganda: Es soll Akzeptanz geschaffen werden für immer neue Milliarden, die an Unternehmen verteilt werden. Und im Zusammenhang der anstehenden Tarifrunden soll auf die Tränendrüse gedrückt werden, dass höhere Löhne angeblich die Wirtschaft in den Ruin treiben würden.

Natürlich gibt es immer einzelne Unternehmen, auf die das zutrifft. Inflationszeiten sind Zeiten einer gewissen Krise, in der manche Unternehmen straucheln, andere umso mehr gewinnen und Konkurrenten aufkaufen können. Im ersten Halbjahr 2022 gab

es trotz Ukrainekrieg und Inflation weniger Firmeninsolvenzen als ein Jahr zuvor. Und die DAX-Konzerne machen wieder mal Rekordgewinne.

Der Konzernchef von Uniper, dem Gasunternehmen das gerade mit zig Milliarden von Steuerzahler:innen und Stromkund:innen gerettet werden soll, hat Anfang September auf einer vom selben Unternehmen gesponserten Messe gesagt: „Wir haben definitiv eine gute Krise, lassen Sie uns die nicht verpassen.“ Kein Wunder, wo doch Uniper und andere Energiekonzerne von Habecks Ministerium am Entstehen des Gesetzes zur Gasumlage beteiligt worden sind. Nicht nur die Energieriesen, sondern alle Konzerne nutzen die Inflation – um an der Preisschraube zu drehen und so den Anteil der Löhne am „Volkseinkommen“ zu senken und ihre Profite weiter zu steigern. Sie wollen die Ungleichheit noch weiter vorantreiben und uns zahlen lassen.

Und die Regierung bereitet neben ihren Entlastungspaketen schon wieder neue Sparrunden auf unsere Kosten vor, um nächstes Jahr die „Schuldenbremse“ wieder einzuhalten.

Wir haben nur uns selbst als Lobby – dafür sind wir viele!

Das dürfen wir nicht durchgehen lassen. Deshalb ist es so wichtig, in allen anstehenden Tarifrunden hart zu bleiben und Lohnerhöhungen mindestens in Höhe der Inflation durchzusetzen! Das wird nur mit entschlossenen Streiks möglich sein. Die Metallunternehmen haben in der ersten Verhandlungsrunde schon ihre Verachtung für die Beschäftigten gezeigt.

Aber auch jenseits von Tarifrunden müssen wir auf die Straße gehen. Am Montag, den 5. 9. gab es erste Demonstrationen für einen „heißen Herbst“. In Leipzig sind mehrere Tausend Menschen einem Aufruf der Linkspartei gefolgt. Gefordert wurde „Weg mit der unsozialen Gasumlage“ und ein Gas- und Strompreisdeckel. In Berlin kamen Tausend Protestierende vor dem Sitz von Habecks Parteizentrale zusammen. Neben ähnlichen Forderungen wie in Leipzig ging es auch gegen die privaten Energiekonzerne: Statt ihnen Steuergelder in den Rachen zu werfen sollten sie enteignet werden!

Von Kolleg:innen für Kolleg:innen...

Wildes Parken

Große Aufregung um die Parkplätze am Virchow-Klinikum: Zum 29.08. sollte der Raum im Brüsseler Kiez Parkbewirtschaftungszone werden. Die Automaten warteten nur darauf, dass man sie mit Münzen füttert - zwei Euro die Stunde! Und Ausnahmen? Erstmal Fehlanzeige! Erst nachdem Kolleg:innen mit Kündigung drohten, fand der Senat einen Kompromiss, für Beschäftigte, die „zu ungünstigen Zeiten arbeiten“- ob die „ungünstigen Arbeitszeiten“ am Virchow-Klinikum auch ungünstig genug sind, werden wir noch sehen. Für alle anderen kann das Parken auch weiterhin sehr teuer werden. Und das pünktlich zum Ende des 9-Euro-Tickets, wo auch Bahnfahrten wieder kostet!

Was gibt es zu gewinnen?

In der Charité gibt es jetzt eine Challenge zur Patient:innensicherheit: in einem eigens dafür eingerichteten „Modellzimmer“ darf man, wenn man denn die Zeit findet während der Arbeit, 10 Mängel suchen und finden, die die Patient:innen gefährden könnten. Aber Achtung: immer aufpassen, dass man wirklich im Modellzimmer ist und man nicht am Ende noch Mängel in einem echten Zimmer feststellen muss...

Winter is coming...

87 % der Kliniken in Deutschland gaben an, dass sie in den nächsten Wochen Probleme haben werden, den Betrieb am Laufen zu halten. Grund dafür sind die Preissteigerungen, höhere Kosten bei Strom und Gas, Materialkosten und auch Personalkosten - obendrauf noch der ängstliche Blick in einen neuen Coronawinter, bei dem, wie auch schon im Sommer, Personal ausfallen wird. Vor lauter Mimimi könnte man fast vergessen, dass die Klinikleitungen und Politik sich durch jahrelange Kürzungen und Sparmaßnahmen beim Personal selbst in eine Lage so nah am Abgrund manövriert haben.

Wenn es doch um Urlaubsreisen ginge

Am 22.09.2022 um 10 Uhr findet die nächste Betriebsversammlung der Beschäftigten der CFM statt. Dies ist wieder eine gute Gelegenheit, um sich miteinander auszutauschen. So z.B. zu den Gefährdungsanzeigen der letzten Monate. Denn eines ist sicher, ob Du in der Reinigung, dem Transport, der Sicherheit oder irgendeinem anderen Bereich der CFM beschäftigt bist, das Thema mangelnden Personals und schlechter Arbeitsbedingungen teilst Du mit sehr vielen Kolleg:innen. Da wir aber nicht am Flughafen arbeiten, sondern "nur" an der Versorgung kranker Menschen beteiligt sind, werden uns nicht tausende zusätzliche Arbeitskräfte und hohe Lohnzuwächse einfach so zufliegen. Sondern es wird wohl erneut unser Lautwerden erforderlich werden, diese Missstände anzugehen.

Stabilitätsdienste statt Entlastung

Die Charité hatte sich im TV GFB ausbedungen, dass sie Steuerungsmöglichkeiten erhält, um unterbesetzte Schichten tarifkonform nachzubesetzen. Dazu verhandelte sie mit dem Personalrat die Dienstvereinbarung Stabilitätsdienste. Nun darf man wieder: Zu seinen eigentlichen Diensten bis zu 4 Schichten im Monat zusätzlich arbeiten. Viele freuen sich über diese Möglichkeit der Aufbesserung

ihres Einkommens. Prinzipiell ist der Charité diese zusätzliche Arbeit in der Pflege mehr wert, als sie es ihr in der tariflich vereinbarten Arbeitszeit ist. Damit man aber nicht übermütig wird, hat die Charité die Stundensätze im Vergleich zu den Jokerdiensten kräftig herabgesetzt. Sie kauft uns weiter, nun für eine deutlich geringere Entlohnung, unsere Freizeit und wohl auch unsere Gesundheit ab. Eines dürfte klar sein, mit Entlastung der Beschäftigten hat das wenig bis gar nichts zu tun.

Nach NRW folgt Frankfurt/Main

Nachdem der 11-wöchige Streik an den Uni-Kliniken in NRW endlich mit einem Tarifabschluss Entlastung beendet wurde, liegt der Staffeltab nun bei der Uniklinik in Frankfurt am Main. Entgegen all der Sonntagsreden von Politik und Management mit ihrem geheuchelten Verständnis für das Anliegen der Entlastung der Pflege wird auch den Kolleg:innen dort nichts geschenkt. Auch in Frankfurt stehen die Zeichen auf Streik. An den Warnstreiktagen nahmen bereits etwa 800 Kolleg:innen teil und setzten ein Zeichen, dass es ihnen ernst ist mit ihren Forderungen.

Ist nichts Persönliches -

aber ihre Therapie rechnet sich nicht mehr. Wird das das Letzte sein, das wir als Patient:innen hören werden, bevor ein Vivantes-Arzt die Geräte abstellt? Zumindest ist das der Eindruck, wenn wir die Begründung der Vivantes-Geschäftsführung für das personelle Ausbluten der Rettungsstellen hören. Die Finanzierung sei nicht gesichert. Tolles Gesundheitssystem – wer sich eine zu kostspielige Krankheit einfängt, wird im Garten verbuddelt? Hauptsache der erfolgsabhängige Einkommensanteil (Prämie) für die Geschäftsführung erreicht die richtige Höhe...

Offenbarungseid

Da stellt sich eine Vivantes-Personalchefin hin und erklärt, sie könne die Gesetze objektiv nicht einhalten und habe deshalb seit 2019 über 19 Millionen Euro an Bußgeldern für rechtswidrige Dienstpläne in Kauf genommen. Den Richter möchte ich sehen, der mich laufen lässt nach 'nem Banküberfall, wenn ich ihm erkläre, ich konnte objektiv gar nicht anders, weil die Kohle hat nicht gereicht ... Der Kniff beim Arbeitsrecht ist offenbar, dass wir uns daran halten müssen – während die „Arbeitgeber:innen“ objektive Schwierigkeiten geltend machen ...

Es ist eine alte Geschichte ...

Schon Despot:innen im Altertum haben sich eingebildet, sie müssten den Überbringer schlechter Nachrichten einfach nur hinrichten – nur um dann festzustellen, dass das Problem immer noch existierte. Die Vivantes-Despot:innen stehen offenbar vor dem gleichen Problem. Seit einem Jahr nach den Berliner Krankenhausstreiks sind die Probleme der Eingruppierung der Mitarbeiter:innen noch immer nicht zufriedenstellend gelöst. Als die Betriebsrätin Sylvia Habekost das in einem Interview ansprach, fing sie sich dafür eine Abmahnung ein. Von wegen Betriebsfrieden und so. Werte Geschäftsführung – Betriebsfrieden ist keine Einbahnstraße. Dass wir auch anders können, haben wir doch 2021 gezeigt – überspannt den Bogen nicht.

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wir sind erreichbar unter - flugblatt_charite@gmx.net - www.sozialismus.click

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Scharmarstr. 17 14169 Berlin